

# Erhöhung der Grundsteuer kommt

## FDP kündigt Zustimmung zu Anhebung und Haushalt an

Maintal (mf). – Der Haushaltsentwurf des Magistrats und die Erhöhung der Grundsteuer werden in der Stadtverordnetenversammlung am Montagabend mehrheitlich verabschiedet werden. Nachdem die FDP das Zahlenwerk von Bürgermeister Erhard Rohrbach (CDU) Ende November für „noch nicht zustimmungsfähig“ erklärt hatte, lenken die Liberalen jetzt ein.

„Wir gehen den vom Magistrat im Haushalt 2011 angelegten Weg der Konsolidierung trotz vieler Unzulänglichkeiten mit, weil jede andere Entscheidung die finanzpolitische Misere der Stadt nur erheblich verschärft“, fasst der Fraktionsvorsitzende Dr. Dieter Fritz das Ergebnis der Haushaltsberatungen seiner Partei zusammen. Damit erhält der Finanzplan für 2011 wie im Vorjahr mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP den Segen.

Die FDP sieht in dem „vom Magistrat beschrittenen Weg des gleichmäßigen Sparens in allen Budgets“ die einzige Möglichkeit, den städtischen Haushalt zu sanieren, wenn gleichzeitig auf unpopuläre Maßnahmen wie die Schließung des Maintalbads oder die Zentralisierung der Stadtläden verzichtet werden soll. Nachdem der Magistrat mittlerweile die in den Budgets zu erzielenden Sparvorgaben konkret aufgesplittet und betragsmäßig in den Haushaltsentwurf eingestellt habe, sehen die Liberalen ihre geforderten Nachbesserungen erfüllt. „Das Sparziel erlangt so eine höhere Verbindlichkeit und jedem wird deutlich, wo Einschnitte zu erwarten sind“, begründet Dr. Dieter Fritz. Zudem obliege den Stadtverordneten durch die Beteiligung des Haupt- und Finanzausschusses die Entscheidung über die Umsetzung der Sparmaßnahmen.

Mit der Erhöhung der Grundsteuer sehen die Liberalen einen wichtigen Schritt in Richtung Konsolidierung des Haushalts unternommen. „Wir werden aber nicht einer Erhöhung auf den vorgeschlagenen Hebesatz von 420 zustimmen. Angesichts des im Vergleich zu anderen Kommunen im Main-Kinzig-Kreis bereits jetzt hohen Grundsteuerniveaus in Maintal und der alle Bürger treffenden Erhöhung der Strompreise halten wir eine Heraufsetzung des Hebesatzes auf lediglich 395 Prozentpunkte für die Grenze des Vertretbaren“, begründet Dr. Fritz die Haltung seiner Fraktion.

Während die Christdemokraten in einer aktuellen Stellungnahme die Entscheidung der Liberalen ausdrücklich begrü-

ßen, ist Fritz auf scharfen Gegenwind sowohl aus der Bevölkerung als auch von Seiten der SPD und Wahlalternative Maintal (WAM) gefasst. Diesen wirft er „fehlenden politischen Ernst“ vor, da sie die Vorschläge zwar kritisierten, aber keine Alternativen aufzeigten. Vor diesem Hintergrund werde seine Partei „mit den sicherlich bald und lautstark erhobenen Vorwürfen für unser verantwortungsvolles Handeln gut leben können“, zeigt sich Dr. Fritz hinsichtlich der zu erwartenden Kritik gelassen, beruft sich auf „das Gebot der Ehrlichkeit“. „Es ist uns klar, dass wir den Bürgern mit dem Haushalt 2011 einiges zumuten. Es wäre einfacher, die Grunderhöhung zu verweigern, sich bei den anstehenden Wahlen im Frühjahr 2011 dafür feiern zu lassen und dann nach den Wahlen zum Haushalt 2012 die Grundsteuer umso kräftiger zu erhöhen“, untermauert Fritz die Position seiner Partei.

Auch die Christdemokraten werten die Zustimmung von Grünen und FDP zum Haushalt als verantwortungsbewusste Entscheidung. „Die schwierige wirtschaftliche Lage der Stadt Maintal erfordert einschneidende Maßnahmen“, betont CDU-Fraktionsvorsitzende Angelika Feuerbach. Daher müsse den Bürgerinnen und Bürgern auch deutlich gesagt werden, was auf sie zukomme. „Wir stellen uns dieser Verantwortung“, erklärt Wilfried Ohl, stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender. Die Maintaler Sozialdemokraten dagegen würden sich gegenwärtig ihrer Haushaltsverantwortung und Pflicht entziehen, indem sie sich darauf beschränkten, jeden Vorschlag abzulehnen. Als ausgewogen erachten die Christdemokraten die Belastung der Bürger durch die Grunderhöhung, die alle Maintaler gleichermaßen belaste. Bei der Ausarbeitung weiterer Sparvorschläge setzt die CDU auf den „Sachverstand und Phantasie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung“, heißt es in der Presseerklärung.

Über diese Wendungen können SPD und WAM nur den Kopf schütteln. „Der Haushaltsentwurf in seiner jetzigen Form ist die Aushebelung der kommunalen Selbstbestimmung“, sagt Jochen Spaeth, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD und auch Jörg Schuschkow, Chef der WAM, fehlten weiterhin verbindliche Aussagen, in welchen Bereichen gespart werden soll. Dennoch werden beide Parteien den Beschluss der Vorlage nicht kippen können. **▷ Kommentar Seite 21**

Haushaltsentwurf des Magistrats für 2011

## FDP wählt den Weg des geringsten Widerstands

Von Martina Faust

Der Haushaltsentwurf des Magistrats erhält auch in diesem Jahr den Segen des Dreierbündnisses aus CDU, FDP und Grünen. Die Liberalen, die nach ihrer Kritik am Zahlenwerk von Bürgermeister Erhard Rohrbach als Wackelkandidat galten, sind nun eingeknickt. Damit hat die Partei um den Fraktionsvorsitzenden Dr. Dieter Fritz auch ihren Widerstand gegen eine Erhöhung der Grundsteuer aufgegeben. Noch im vergangenen Jahr war die Anhebung des Satzes am Veto der Liberalen gescheitert.

Dass Kritik am Verhalten der FDP nicht ausbleiben wird, ist absehbar. Die Liberalen selbst rechnen mit lautstarken Vorwürfen. Vermutlich damit der Zorn der Bürger die Fraktion um Dr. Dieter Fritz nicht mit voller Wucht trifft, plädieren die Liberalen für eine reduzierte Erhöhung der Grundsteuer von 350 auf 395 statt 420 Prozentpunkte. Gleichzeitig richten die Liberalen den Zeigefinger anklagend auf SPD und WAM, die dem Haushaltsentwurf ihre Zustimmung verweigern wollen.

Der Vorwurf, dass Sozialdemokraten und Wahlalternative keine eigenen Vorschläge für Sparmaßnahmen einbringen, kommt den Liberalen jetzt sicherlich leichter über die Lippen. Dabei machten sie selbst kürzlich noch Front gegen den Haushaltsentwurf. Sie verlangten vom Magistrat, dass dieser die zehnprozentige Mittelkürzung in allen Budgets benennt und das Sparziel verbindlich im Haushalt festschreibt. Mit der Einarbeitung der Sparvorgaben in den Haushalt sieht die FDP diese zentrale Forderung erfüllt. Eigene Sparvorschläge hat sie mit der Zustimmung zum Haushalt allerdings ebenfalls nicht durchgebracht, geht mit dem Votum für das Zahlenwerk des Bürgermeisters den Weg des geringsten Widerstands. Den „Blankoscheck“, den Dr. Dieter Fritz dem Magistrat noch Ende November keinesfalls ausstellen wollte, überreicht er nun doch. Denn wo tatsächlich gespart werden soll, ist weiterhin ungewiss.

Zwar hat der Magistrat die zehnprozentige Budgetkürzung in allen Produktbereichen nun in den Haushalt eingearbeitet, durch

welche Maßnahmen diese Mittelkürzung erzielt werden soll, ist weiterhin offen. Eine Reduzierung der Ausgaben, etwa im Bereich Kinderbetreuung oder Soziales um zehn Prozent, kann schließlich auf vielen Wegen erzielt werden. An welchen Stellen für die Bürger weitere Einschnitte drohen, ist ungewiss. Voraussichtlich erst nach der Kommunalwahl am 27. März werden erste Maßnahmen genannt werden können. Damit entgehen CDU, Grüne und FDP der unangenehmen Aufgabe, vor dem Urnengang konkrete Sparmaßnahmen zu benennen und dafür möglicherweise einen gehörigen Denkkzettel von den Wählern zu kassieren.

Nachdem die FDP auf Bundesebene in einem Umfragetief steckt, setzen die Liberalen in Maintal mit ihrer zunächst angekündigten Ablehnung des Haushalts und der Grundsteuererhöhung ein Zeichen für eine bürgerfreundliche Politik. Die Chancen auf eine positive Wahrnehmung seitens der Wähler haben sie sich mit ihrem Einlenken nun verspielt.